

„Erst einmal beliebige Versprechungen ... dann aufhängen“ – offizielle Vertreter der Ukraine zum Vorhaben Kiews, die Minsker Abkommen umzusetzen

rusvesna.su: Wenn die Minsk-Abkommen erfüllt sind, wird die Vertreter der DVR und LVR nicht einmal ein Abgeordnetenstatus retten.

Dies sagte in einem Interview mit der Kiewer Zeitschrift "Focus" der Vertreter der Ukraine in der dreiseitigen Kontaktgruppe für die friedliche Beilegung der Situation im Donbass Roman Bessmertny - ein aktives Mitglied der beiden "Maidan-Aufstände" und Verbündeter von Ex-Präsident Viktor Juschtschenko auf die Frage über die Aussichten der Wahlen auf dem von Kiew nicht kontrollierten Territorium.

Nach seinen Worten kann aus der Sicht der ukrainischen Gesetzgebung eine Amnestie nur für Straftäter, die keine Kriegsverbrechen wie zum Beispiel die Gefangennahme von Militärangehörigen, Paraden Kriegsgefangener, das Befehlen von Beschuss von Kindern, Vergewaltigung usw. begangen haben, gelten.

"All diese Fälle sind in internationalen Dokumenten erfasst, die die Ukraine ratifiziert hat, und sie fallen nicht unter die Amnestie", sagte er.

Eine Amnestie von Bürgern, die mit "Terroristen" zusammen gearbeitet haben, sollte durch ein Gerichtsverfahren gehen, ist der Politiker überzeugt. Er betonte, dass die Ukraine eine Amnestie in Übereinstimmung mit ihren eigenen Gesetzen und internationalen Normen realisieren sollte.

Um eine Amnestie durchzuführen für ukrainische Bürger, die "mit der DVR und LVR zusammengearbeitet haben", meint Bessmertny, müssen auf dem gesamten Gebiet der Regionen Donezk und Lugansk die Strafverfolgungsbehörden der Ukraine arbeiten.

"Der Prozess selbst wird im Rahmen des nationalen Rechts vonstatten gehen, d.h. eine Untersuchung wird durchgeführt, dann wird der Fall an das Gericht übergeben, das Gericht fällt einen Schuldspruch, der Beklagte erkennt ihn an und dann wird beschlossen, ihn zu amnestieren. Um dies zu tun, muss es auf diesem Territorium Staatsanwälte, Gerichte geben - und dann beantworten Sie die Frage selbst, ob es eine funktionierende Staatsanwaltschaft und ein Gericht geben kann, wo draußen bewaffnete Leute herumlaufen? Nein", sagte Bessmertny.

"Kann die Ukraine nicht die Separatisten vor den Wahlen verurteilen?", fragte die Journalistin der Zeitschrift den Politiker.

"Zuerst Entwaffnung, dann Wahlen und der Aufbau der Machtstrukturen", lautete die ausweichende Antwort. "Eine Amnestie kann man 10 Jahre lang durchführen, in Kroatien nach dem Balkankrieg sind 12 Jahre vergangen."

Der Journalistin war die Antwort nicht eindeutig genug und sie konkretisiert: "Die Militanten werden also zuerst in die Machtorgane gewählt, dann aber bestraft?"

"Ich denke das und ich weiß, es wird so sein", antwortet Bessmertny. "Selbst wenn diese Verbrecher gewählt werden sollten, bleibt die Staatsmacht doch die Staatsmacht und wird sie zur Verantwortung ziehen."

Es sei daran erinnert, dass Kiewer Regierungsmitglieder wiederholt betont haben, dass es eine Amnestie für die "Kämpfer" nicht geben wird. Dies haben insbesondere Präsident Poroschenko und Außenminister Klimkin wiederholt gesagt, Letzterer erklärte auch in seinem Auftritt vor den Abgeordneten, dass es keinen "besonderen Status" geben wird.

Darüber hinaus erklärte der zweite Präsident der Ukraine Leonid Kutschma, der der Vertreter der Ukraine bei den Minsker Gesprächen ist, dass ein separates Gesetz über die Amnestie für am Konflikt im Donbass Beteiligte nicht erforderlich ist.

Letzte Woche hat der Abgeordnete aus der Fraktion "Block Poroschenko" Vadim Denisenko im Sender "Channel 5" gesagt, dass "eine Amnestie für die Führer der terroristischen

Organisationen nicht vorgesehen ist."

"Vom ersten Tag nach dem Pariser Abkommen an wurde festgestellt, dass es keine Amnestie für Plotnitsky, Sachartschenko, Chodakowski geben wird. Und dies ist einer der wichtigsten Punkte. Das bedeutet, dass kein Sachartschenko, kein Plotnitsky die Lugansker und Donezker Regionen führen können", sagte der Abgeordnete.

Der Abgeordnete wies darauf hin, dass die Vereinbarung klargestellt, dass die Wahlen im Donbass nach der ukrainischen Gesetzgebung stattfinden.

"Das ist unser Land, und die Wahlen werden erst in dem Moment stattfinden, wenn die russischen Söldner das Territorium verlassen und wir die Kontrolle über die Grenze haben. Also, zu sagen, dass wir jemanden dort stützen werden - das ist nichts anderes als ein Gerücht", sagte Denisenko.

Es sei darauf hingewiesen, dass Punkt 5 des Minsk-Protokolls sagt, "Begnadigung und Amnestie durch den Erlass eines Gesetzes umzusetzen, das die Verfolgung und Bestrafung von Personen, die im Zusammenhang mit den Ereignissen in einzelnen Regionen von Donezk und Lugansk stehen, verbietet"

Wir erinnern, dass der ehemalige Stellvertreter des Gouverneurs von Dnipropetrowsk Filatov die Aussage von Bessmertny im vergangenen Jahr kürzer formulierte: "Wir müssen dem Drecksack jede beliebigen Versprechungen, Garantien und irgendwelche Zugeständnisse geben. Aber dann aufhängen ... dann muss man sie hängen."...